

Springer-Lehrbuch

Sarah Legner

Digitales Wettbewerbsrecht

Kartellrecht – Digital Markets Act – Plattform-Verordnung



Springer

Sarah Legner
Law School
EBS Universität für Wirtschaft und Recht
Oestrich-Winkel, Deutschland

ISSN 0937-7433 ISSN 2512-5214 (electronic)
Springer-Lehrbuch
ISBN 978-3-662-70491-2 ISBN 978-3-662-70492-9 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-662-70492-9>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer-Verlag GmbH, DE, ein Teil von Springer Nature 2025

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jede Person benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des/der jeweiligen Zeicheninhaber*in sind zu beachten.

Der Verlag, die Autor*innen und die Herausgeber*innen gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autor*innen oder die Herausgeber*innen übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer-Verlag GmbH, DE und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin, Germany

Wenn Sie dieses Produkt entsorgen, geben Sie das Papier bitte zum Recycling.

Vorwort

Das Lehrbuch erläutert die europäischen und deutschen Wettbewerbsregeln mit einem Schwerpunkt auf digitalen Märkten. Der im Titel des Lehrbuchs verwendete Begriff des Wettbewerbsrechts knüpft an den auf europäischer Ebene geläufigen Begriff des *competition law* an. Dieser umfasst das Kartellrecht. Das Lauterkeitsrecht bleibt außen vor. Das Lehrbuch behandelt auch den Digital Markets Act und die Plattform-Verordnung. Dies soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass deren Ziele von denen des Kartellrechts abweichen. Ihre Entstehungsgeschichte und inhaltliche Nähe zum Kartellrecht rechtfertigen es aber, sie unter einen weit verstandenen Begriff des Wettbewerbsrechts zu fassen. Beide Verordnungen greifen Verhaltensweisen von Plattformbetreibern auf, die teilweise auch mit kartellrechtlichen Instrumenten sanktioniert werden. In einer Gesamtschau kann in Kartellrecht, Digital Markets Act und Plattform-Verordnung daher das digitale Wettbewerbsrecht erblickt werden, dessen übergeordnetes Ziel es ist, digitale Märkte offenzuhalten.

Das Lehrbuch wagt den nicht immer einfachen Spagat zwischen der Erläuterung der Grundlagen des Wettbewerbsrechts einerseits und der sektorspezifischen Vertiefung andererseits. Der Fokus auf digitale Märkte wird zum einen durch die Erläuterung des Digital Markets Acts und der Plattform-Verordnung als spezifisch für digitale Märkte geschaffene Rechtsakte sowie durch ein einleitendes Kapitel zu Grundbegriffen der Digitalwirtschaft hergestellt. Zum anderen werden die Ausführungen zum europäischen und deutschen Kartellrecht anhand von Praxisbeispielen mit Digitalisierungsbezug vertieft.

Im ersten Kapitel wird die Bedeutung von Plattformen, Daten sowie Künstlicher Intelligenz für den Wettbewerb auf digitalen Märkten erläutert. Ferner wird ein Überblick über weitere Regulierungsbestrebungen mit Bezug zu digitalen Märkten gegeben. Im zweiten Kapitel folgt eine Darstellung des europäischen Kartellrechts. Das Kapitel erläutert die Grundlagen und Grundbegriffe des Rechtsgebiets. Schwerpunkte bilden die Besonderheiten des Wettbewerbsschutzes auf digitalen Märkten. Dazu zählen im Kontext des Kartellverbots der KI-Einsatz bei verbotenen Absprachen, im Missbrauchsrecht die Herausforderungen bei der Ermittlung von Marktmacht auf mehrseitigen Märkten und im Rahmen der Fusionskontrolle daten- und innovationsbezogene Schadenstheorien. Es schließt sich das dritte Kapitel zum deutschen Kartellrecht an. Diesem liegt derselbe Ansatz wie dem zweiten Kapitel zugrunde. Neben der Erörterung allgemeiner Grundlagen werden sektorspezifischen Vertiefungen vorgenommen. Im Rahmen der jüngsten GWB-Novellen haben einige Besonderheiten bei der Beurteilung des wettbewerblichen Geschehens auf digitalen Märkten gesetzlichen Niederschlag gefunden. Beispiele bieten die Kriterien zur Marktmachtbestimmung in § 18 Abs. 2a, 3a, 3b GWB, die umsatzbezogene Aufgreifschwelle des § 35 Abs. 1a GWB in der deutschen Fusionskontrolle sowie das Missbrauchsverbot in § 19a GWB.

Das vierte und das fünfte Kapitel widmen sich mit dem Digital Markets Act und der Plattform-Verordnung sektorspezifischem Regulierungsrecht. Nach dem hier gewählten Begriffsverständnis sind die Verordnungen Bestandteil eines weit verstandenen digitalen Wettbewerbsrechts. Es werden die Entstehungsgeschichte und die Zielsetzung der Rechtsakte erläutert. Für den Digital Markets Act wird erklärt, welche Unternehmen als Torwächter Adressaten der Verordnung sind, sowie ein Überblick über die Verhaltenspflichten und das Rechtsfolgenregime gegeben. Mit Blick auf die Plattform-Verordnung erfolgt eine Darstellung der Transparenzpflichten und sonstigen Verhaltensvorgaben. Bei Erläuterung der Rechtsfolgen gilt es, das kürzlich in Kraft getretene Digitale-DiensteGesetz einzubeziehen.

Das Lehrbuch befindet sich auf dem Stand von Juli 2024. Vereinzelt jüngere Entwicklungen konnten berücksichtigt werden. Für ihre Mitarbeit danke ich Herrn stud. iur. Elias Augustin, Frau stud. iur. Tabea Jansen, Frau stud. iur. Marie-Luise Lehnert, Frau stud. iur. Emily Törner und Herrn dipl. jur. Daniel Verres.

Sarah Legner

Oestrich-Winkel, Deutschland

Juli 2024

Inhaltsverzeichnis

1	Grundlagen	1
1.1	Plattformen	2
1.1.1	Begriff und Kategorien	2
1.1.2	Netzwerkeffekte	4
1.1.3	Preisstrukturen	7
1.1.4	Exkurs: Weitere Regulierungsansätze	8
1.2	Daten	9
1.2.1	Begriff und Kategorien	9
1.2.2	Daten als Marktmachtfaktor	10
1.2.3	Daten und Wettbewerbsbehinderung	11
1.2.4	Exkurs: Weitere Regulierungsansätze	12
1.3	Künstliche Intelligenz	13
1.3.1	Begriff und Kategorien	13
1.3.2	KI und Marktstrukturen	15
1.3.3	KI und Preissetzung	17
1.3.4	KI und Kartellrechtsdurchsetzung	19
1.3.5	Exkurs: Weitere Regulierungsansätze	20
2	Europäisches Kartellrecht	23
2.1	Grundlagen	25
2.1.1	Überblick	25
2.1.2	Entwicklung	26
2.1.3	Ziele	29
2.1.3.1	Wettbewerbsprozess	29
2.1.3.2	Verbraucherwohlfahrt	30
2.1.3.3	Europäische Integration	31
2.1.4	Anwendungsbereich	32
2.1.4.1	Persönlicher Anwendungsbereich	32
2.1.4.2	Sachlicher Anwendungsbereich	34
2.1.4.3	Räumlicher Anwendungsbereich	35
2.2	Kartellverbot	35
2.2.1	Verbotene Verhaltensweisen	35
2.2.1.1	Vereinbarung	35
	Grundsätze	35
	Vereinbarung mithilfe und durch Algorithmen	36
2.2.1.2	Beschluss	37
2.2.1.3	Aufeinander abgestimmte Verhaltensweise	38
	Grundsätze	38
	Kollusion mithilfe von Algorithmen	41
	Kollusion durch Algorithmen?	41

2.2.2	Wettbewerbsbeschränkung.....	44
2.2.2.1	Grundsätze	44
2.2.2.2	Horizontale Wettbewerbsbeschränkungen	47
	Hardcore-Kartelle.....	47
	Vereinbarungen über Forschung und Entwicklung.....	47
	Informationsaustausch	49
	Normenvereinbarungen.....	52
	Einkaufs- und Verkaufsvereinbarungen.....	53
2.2.2.3	Vertikale Wettbewerbsbeschränkungen	54
	Preisbindungen.....	54
	Verbote des Internetvertriebs	55
	Plattformverbote	56
	Doppelpreissysteme	57
	Nutzungsbeschränkungen von Preisvergleichsdiensten und -suchmaschinen.....	58
	Geoblocking-Praktiken	59
	Ausschließlichkeitsvereinbarungen	59
	Meistbegünstigungsklauseln	60
2.2.2.4	Bezwecken oder bewirken	61
2.2.2.5	Spürbarkeit.....	62
2.2.3	Geeignetheit zur Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels.....	63
2.2.4	Tatbestandsrestriktionen	64
2.2.4.1	Gemeinwohlgründe.....	64
2.2.4.2	Nebenabreden	65
2.2.4.3	Markterschließungsdoktrin	67
2.2.4.4	Handelsvertreterprivileg	67
2.2.4.5	Konzernprivileg.....	68
2.2.5	Freistellung.....	69
2.2.5.1	Allgemeines.....	69
2.2.5.2	Gruppenfreistellungsverordnungen	71
	Vertikal-GVO.....	71
	FuE-GVO.....	78
	Spezialisierungs-GVO	81
2.2.5.3	Einzelfreistellung.....	82
	Verbesserung der Warenerzeugung oder -verteilung oder Förderung des technischen oder wirtschaftlichen Fortschritts	82
	Verbraucherbeteiligung	83
	Unerlässlichkeit der Beschränkung	84
	Keine Ausschaltung des Wettbewerbs	85
2.3	Missbrauchsverbot	86
2.3.1	Marktbeherrschende Stellung.....	86
2.3.1.1	Marktabgrenzung	86
	Sachlich relevanter Markt.....	86
	Räumlich relevanter Markt.....	89
	Zeitlich relevanter Markt	90
	Besonderheiten in der Digitalwirtschaft.....	90

2.3.1.2 Einzelmarktbeherrschung.....	94
Begriff	94
Kriterien	95
2.3.1.3 Kollektive Marktbeherrschung.....	98
2.3.2 Missbrauch	99
2.3.2.1 Behinderungsmissbrauch.....	99
Grundsätze	99
Ausschließlichkeitsbindung	103
Lieferverweigerung.....	104
Selbstbevorzugung	105
Rabatte.....	107
Kopplung	107
Zugang zu wesentlichen Einrichtungen.....	109
2.3.2.2 Ausbeutungsmissbrauch	111
Grundsätze	111
Preishöhe.....	113
Preispersonalisierung	114
Preisdynamisierung.....	115
Konditionen	115
2.3.2.3 Geeignetheit zur Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels.....	117
2.4 Zusammenschlusskontrolle	118
2.4.1 Systematik und Überblick.....	118
2.4.2 Formelle Zusammenschlusskontrolle.....	119
2.4.2.1 Zusammenschlussbegriff.....	119
Fusion	119
Kontrollerwerb	120
2.4.2.2 Gemeinschaftsweite Bedeutung	120
Umsatzschwellen	120
Umsätze im digitalen Sektor	122
2.4.3 Materielle Zusammenschlusskontrolle	124
2.4.3.1 Allgemeines.....	124
2.4.3.2 Prüfungsmaßstab.....	125
Marktbeherrschungsregelbeispiel.....	125
SIEC-Kriterium	127
2.4.3.3 Zusammenschlusstypen.....	130
Horizontaler Zusammenschluss	130
Vertikaler Zusammenschluss	132
Konglomerater Zusammenschluss.....	133
2.4.3.4 Efficiency defense	135
2.4.4 Zusammenschlusskontrollverfahren	137
2.4.4.1 Anmeldung	137
2.4.4.2 Vorprüfverfahren (Phase I).....	138
2.4.4.3 Hauptprüfverfahren (Phase II)	138
2.4.4.4 Verweisung.....	139
2.4.4.5 Rechtsschutz.....	140

2.5	Rechtsfolgen	141
2.5.1	Verwaltungsrechtliche Folgen	141
2.5.2	Bußgeldrechtliche Folgen	142
2.5.3	Zivilrechtliche Folgen	144
2.6	Verfahren	145
2.6.1	Verwaltungsverfahren	145
2.6.2	Bußgeldverfahren	146
2.6.3	Zivilverfahren	147
3	Deutsches Kartellrecht	155
3.1	Grundlagen	157
3.1.1	Überblick	157
3.1.2	Ziele	158
3.1.2.1	Wettbewerbsprozess	158
3.1.2.2	Verbraucherwohlfahrt	159
3.1.2.3	Weitere Ziele	160
3.1.3	Entwicklung	161
3.1.4	Anwendungsbereich	164
3.1.4.1	Persönlicher Anwendungsbereich	164
3.1.4.2	Sachlicher Anwendungsbereich	166
3.1.4.3	Räumlicher Anwendungsbereich	166
3.1.5	Verhältnis zum europäischen Kartellrecht	167
3.2	Kartellverbot	168
3.2.1	Allgemeines	168
3.2.2	Verbotene Verhaltensweisen	169
3.2.3	Wettbewerbsbeschränkung	172
3.2.3.1	Grundsätze	172
3.2.3.2	Horizontale Wettbewerbsbeschränkungen	172
	Hardcore-Kartelle	172
	Vereinbarungen über Forschung und Entwicklung	173
	Informationsaustausch	173
	Normenvereinbarungen	175
	Einkaufs- und Verkaufsvereinbarungen	175
3.2.3.3	Vertikale Wettbewerbsbeschränkungen	176
	Preisbindungen	176
	Verbote des Internetvertriebs	176
	Plattformverbote	177
	Nutzungsbeschränkungen von Preisvergleichsdiensten und eigenen Websites	179
	Meistbegünstigungsklauseln	179
	Ausschließlichkeitsvereinbarungen	180
3.2.3.4	Bezwecken oder bewirken	181
3.2.3.5	Spürbarkeit	182
3.2.4	Tatbestandsrestriktionen	182
3.2.4.1	Allgemeines	182
3.2.4.2	Immanenzgedanke	183
3.2.4.3	Arbeitsgemeinschaftsgedanke	183

3.2.5	Freistellung.....	184
3.2.5.1	Allgemeines.....	184
3.2.5.2	Gruppenfreistellungsverordnungen.....	184
3.2.5.3	Einzelfreistellung.....	185
3.3	Missbrauchsverbot	186
3.3.1	Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung, § 19 GWB.....	186
3.3.1.1	Allgemeines.....	186
3.3.1.2	Marktabgrenzung.....	187
	Sachlich relevanter Markt.....	187
	Räumlich relevanter Markt.....	188
	Zeitlich relevanter Markt.....	189
	Besonderheiten auf digitalen Märkten.....	190
3.3.1.3	Einzelmarktbeherrschung.....	193
	Begriff.....	193
	Kriterien.....	194
3.3.1.4	Kollektive Marktbeherrschung.....	200
	Begriff.....	200
	Kriterien.....	201
3.3.1.5	Missbrauch.....	202
	Behinderungsmissbrauch.....	202
	Ausbeutungsmissbrauch.....	208
	Konditionenmissbrauch.....	211
3.3.2	Missbräuchliches Verhalten von Unternehmen mit überragender marktübergreifender Bedeutung für den Wettbewerb, § 19a GWB.....	215
3.3.2.1	Überblick und Systematik.....	215
3.3.2.2	Überragende marktübergreifende Bedeutung für den Wettbewerb.....	216
	Begriff.....	216
	Kriterien.....	217
	Benennungsverfügung.....	220
3.3.2.3	Missbrauch.....	221
3.3.3	Missbräuchliches Verhalten von Unternehmen mit relativer oder überlegener Marktmacht, § 20 GWB.....	225
3.3.3.1	Überblick und Systematik.....	225
3.3.3.2	Relative Marktmacht.....	227
	Adressatenstellung.....	227
	Verbotenes Verhalten.....	229
3.3.3.3	Überlegene Marktmacht.....	230
	Adressatenstellung.....	230
	Verbotenes Verhalten.....	231
	Prüfungsaufbau: Missbrauch von relativer Marktmacht gem. § 20 GWB.....	231
3.4	Zusammenschlusskontrolle	232
3.4.1	Systematik und Überblick.....	232
3.4.2	Formelle Zusammenschlusskontrolle.....	233
3.4.2.1	Zusammenschlussbegriff.....	233
	Vermögenserwerb.....	233
	Kontrollerwerb.....	234

Anteilserwerb	235
Wettbewerblich erheblicher Einfluss	236
3.4.2.2 Geltungsbereich	236
3.4.2.3 Anmeldepflicht nach Sektoruntersuchung	239
3.4.3 Materielle Zusammenschlusskontrolle	240
3.4.3.1 Prüfungsmaßstab.....	240
Marktbeherrschungsregelbeispiel.....	240
SIEC-Kriterium	242
3.4.3.2 Zusammenschlusstypen.....	243
Horizontaler Zusammenschluss	243
Vertikaler Zusammenschluss	244
Konglomerater Zusammenschluss	245
3.4.3.3 Efficiency defense	245
3.4.3.4 Ministererlaubnis.....	246
3.4.4 Zusammenschlusskontrollverfahren	247
3.4.4.1 Anmeldung	247
3.4.4.2 Vorprüfverfahren (Phase I).....	248
3.4.4.3 Hauptprüfverfahren (Phase II).....	248
3.4.4.4 Rechtsschutz.....	248
3.5 Rechtsfolgen	249
3.5.1 Verwaltungsrechtliche Folgen	249
3.5.1.1 Abstellungsverfügung und Verpflichtungszusagen bei Kartellrechtsverstößen.....	249
3.5.1.2 Abhilfemaßnahmen bei Wettbewerbsstörung	250
Wettbewerbsstörung.....	250
Abhilfemaßnahmen	252
3.5.2 Bußgeldrechtliche Folgen.....	253
3.5.3 Zivilrechtliche Folgen	255
3.5.3.1 Nichtigkeitsfolge	255
3.5.3.2 Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche	255
3.5.3.3 Schadensersatzansprüche	256
Anspruchsgrundlagen.....	256
Bindungswirkung.....	256
Schaden	256
Passivlegitimation.....	258
3.6 Verfahren	259
3.6.1 Verwaltungsverfahren.....	259
3.6.2 Bußgeldverfahren.....	261
3.6.3 Zivilverfahren.....	261
4 Digital Markets Act	267
4.1 Grundlagen	268
4.1.1 Überblick	268
4.1.2 Ziele.....	271
4.1.2.1 Sektorspezifische Ziele.....	271
4.1.2.2 Bestreitbarkeit	272
4.1.2.3 Fairness	274

4.1.3	Entwicklung	275
4.1.4	Anwendungsbereich	277
4.1.4.1	Räumlicher Anwendungsbereich.....	277
4.1.4.2	Zeitlicher Anwendungsbereich.....	277
4.2	Adressaten: Torwächter.....	277
4.2.1	Unternehmen	277
4.2.2	Zentrale Plattformdienste.....	278
4.2.3	Materielle Voraussetzungen.....	279
4.2.3.1	Definition	279
4.2.3.2	Vermutung, Art. 3 Abs. 2 DMA.....	279
4.2.3.3	Kriterienkatalog, Art. 3 Abs. 8 DMA	280
4.2.4	Benennung.....	281
4.2.4.1	Benennungsverfahren	281
4.2.4.2	Benennungsbeschluss	282
4.3	Verhaltenspflichten	283
4.3.1	Enge Verbote, Art. 5 DMA.....	283
4.3.1.1	Verbot der Datenkombination, Art. 5 Abs. 2 DMA	283
4.3.1.2	Verbot von Meistbegünstigungsklauseln, Art. 5 Abs. 3 DMA	284
4.3.1.3	Verbot der Werbebehinderung, Art. 5 Abs. 4 DMA.....	285
4.3.1.4	Zugangsmöglichkeit zu Services gewerblicher Nutzer, Art. 5 Abs. 5 DMA	286
4.3.1.5	Verbot der Einschränkung von Rechtsbehelfen, Art. 5 Abs. 6 DMA.....	286
4.3.1.6	Kopplungsverbot weiterer Dienste, Art. 5 Abs. 7 DMA	287
4.3.1.7	Kopplungsverbot zentraler Plattformdienste, Art. 5 Abs. 8 DMA	287
4.3.1.8	Preistransparenz bei Werbung, Art. 5 Abs. 9, 10 DMA	288
4.3.2	Offene Verbote, Art. 6 DMA	288
4.3.2.1	Datennutzungsverbot, Art. 6 Abs. 2 DMA	288
4.3.2.2	Deinstallationermöglichung, Art. 6 Abs. 3 DMA	289
4.3.2.3	Gestattung der Installation von Apps, Art. 6 Abs. 4 DMA.....	290
4.3.2.4	Selbstbevorzugungsverbot, Art. 6 Abs. 5 DMA.....	290
4.3.2.5	Beschränkungsverbot von Wechselmöglichkeiten, Art. 6 Abs. 6 DMA.....	291
4.3.2.6	Interoperabilitätsverpflichtung, Art. 6 Abs. 7 DMA.....	291
4.3.2.7	Datenzugang für Anzeigekunden und Herausgeber, Art. 6 Abs. 8 DMA.....	291
4.3.2.8	Datenportabilität, Art. 6 Abs. 9 DMA.....	292
4.3.2.9	Datenzugang für gewerbliche Nutzer und Suchmaschinenbetreiber, Art. 6 Abs. 10, 11 DMA.....	292
4.3.2.10	Zugangspflichtung zu App-Stores, Online-Suchmaschinen und Online-Sozialen Netzwerken, Art. 6 Abs. 12 DMA.....	293
4.3.2.11	Verpflichtung zu angemessenen Kündigungsbedingungen, Art. 6 Abs. 13 DMA	293
4.3.3	Weitere Verhaltenspflichten	293
4.4	Rechtsfolgen	294
4.4.1	Verwaltungsrechtliche Folgen	294
4.4.2	Bußgeldrechtliche Folgen.....	296
4.4.3	Zivilrechtliche Folgen	296
4.4.3.1	Unionsrechtliche Vorgaben.....	296

4.4.3.2	Umsetzung in §§ 33 ff. GWB.....	297
	Überblick.....	297
	Anspruchsberechtigung.....	298
	Schaden.....	298
	Verhältnis zur Kartellrechtsdurchsetzung.....	299
4.4.3.3	Verbandsklage.....	299
4.5	Verfahren	300
4.5.1	Verwaltungsverfahren.....	300
4.5.1.1	Ermittlungsverfahren.....	300
4.5.1.2	Marktuntersuchungen.....	301
4.5.1.3	Ermittlungen nationaler Wettbewerbsbehörden.....	303
4.5.2	Bußgeldverfahren.....	303
4.5.3	Zivilverfahren.....	305
5	Plattform-Verordnung	311
5.1	Grundlagen	312
5.1.1	Überblick.....	312
5.1.2	Ziele.....	313
5.1.2.1	Sektorspezifische Ziele.....	313
5.1.2.2	Fairness und Transparenz.....	313
5.1.2.3	Verbraucherschutz.....	315
5.1.3	Entwicklung.....	317
5.1.4	Anwendungsbereich.....	318
5.1.4.1	Räumlicher Anwendungsbereich.....	318
5.1.4.2	Zeitlicher Anwendungsbereich.....	318
5.2	Adressaten	318
5.2.1	Online-Vermittlungsdienste.....	318
5.2.2	Online-Suchmaschine.....	319
5.3	Verhaltenspflichten	320
5.3.1	Allgemeine Transparenzpflichten, Art. 3 Plattform-VO.....	320
5.3.2	Einschränkung, Aussetzung und Beendigung, Art. 4 Plattform-VO.....	320
5.3.3	Ranking, Art. 5 Plattform-VO.....	321
5.3.4	Selbstbevorzugung, Art. 7 Plattform-VO.....	322
5.3.5	Datenzugang, Art. 9 Plattform-VO.....	323
5.3.6	Meistbegünstigung, Art. 10 Plattform-VO.....	324
5.3.7	Weitere Vorgaben.....	324
5.4	Rechtsfolgen	325
5.4.1	Verwaltungsrechtliche Folgen.....	325
5.4.2	Bußgeldrechtliche Folgen.....	325
5.4.3	Zivilrechtliche Folgen.....	327
5.4.3.1	Vertragliche Rechtsfolgen.....	327
5.4.3.2	Individualansprüche.....	327
5.4.3.3	Verbandsklage.....	328

5.5	Verfahren	328
5.5.1	Verwaltungsverfahren.....	328
5.5.2	Bußgeldverfahren	329
5.5.3	Zivilverfahren.....	329
6	Übungsfälle	333
6.1	Übungsfall „Eifriges Hotelportal“	334
6.2	Übungsfall „Online-Dating“	340
6.3	Übungsfall „Von sozialen Netzwerken und Daten“	352
	Serviceteil	
	Literatur	362
	Stichwortverzeichnis.....	371

Abkürzungsverzeichnis

ABl.	Amtsblatt	DMA	Verordnung (EU) 2022/1925 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2022 über bestreitbare und faire Märkte im digitalen Sektor und zur Änderung der Richtlinien (EU) 2019/1937 und (EU) 2020/1828, ABl. EU 2022 Nr. L 265/1
ACCC	Australian Competition and Consumer Commission		
AcP	Archiv für civilistische Praxis		
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union		
Art.	Artikel (Singular)	DB	Der Betrieb
Artt.	Artikel (Plural)	DOJ	Department of Justice
		Drs.	Drucksache
BB	Betriebs-Berater	DSA	Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste), ABl. EU 2022 Nr. L 277/1
BGH	Bundesgerichtshof		
BKartA	Bundeskartellamt		
BT	Bundestag		
BWB	Bundeswettbewerbsbehörde		
CMA	Competition and Market Authority	DS-GVO	Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG, ABl. EU 2016 Nr. L 2016/1
CR	Computer & Recht		
Data Governance Act	Verordnung (EU) 2022/868 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 über europäische Daten-Governance, ABl. EU 2022 Nr. L 152/1	DSM-RL	Richtlinie (EU) 2019/790 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über das Urheberrecht und die verwandten Schutzrechte im digitalen Binnenmarkt, ABl. EU 2019 Nr. L 130/92
Digitale-Inhalte-RL	Richtlinie 2019/770/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. 5. 2019 über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte und digitaler Dienstleistungen, ABl. EU 2019 L 136/1	ECN+-RL	Richtlinie (EU) 2019/1 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Stärkung der Wettbewerbsbehörden der Mitglied-

	staaten im Hinblick auf eine wirksamere Durchsetzung der Wettbewerbsvorschriften und zur Gewährleistung des reibungslosen Funktionierens des Binnenmarkts, ABl. EU 2019 Nr. L 11/3	GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
		GWR	Zeitschrift für Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
ErwG	Erwägungsgrund	Hrsg.	Herausgeber
EU	Europäische Union	HS.	Halbsatz
EuCML	Journal of European Consumer and Market Law	ggfs.	gegebenenfalls
EuR	Zeitschrift Europarecht	GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union	GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht in der Praxis
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht	GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
EYIEL	European Yearbook of International Economic Law	IoT	Internet of Things
f., ff.	folgende	iRv	im Rahmen von
FKVO	Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen, ABl. EG 2004 Nr. L 24/1	iSd	im Sinne des/der
Fn.	Fußnote	iSv	im Sinne von
FS	Festschrift	iVm	in Verbindung mit
FuE	Forschung und Entwicklung	JURA	Juristische Ausbildung
FuE-GVO	Verordnung (EU) 2023/1066 der Kommission vom 1. Juni 2023 über die Anwendung des Artikels 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen von Vereinbarungen über Forschung und Entwicklung, ABl. EU 2023 Nr. L 143/9	JuS	Juristische Schulung
		JZ	Juristenzeitung
		K&R	Kommunikation & Recht
		KI	Künstliche Intelligenz
		KI-VO	Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz, ABl. EU L 2024/1689
		Klausel-RL	Richtlinie 93/13/EWG des Rates vom 5. April 1993 über mißbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen, ABl. EG 1995 Nr. L 95/29
GA	Generalanwalt, Generalanwältin		
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union		

Abkürzungsverzeichnis

KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft		Rates vom 20. Juni 2019 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten, ABl. EU 2019 Nr. L 186/57
LG	Landgericht		
LL	Leitlinien		
LMRKM	Loewenheim/Meessen/Riesenkampff/Kersting/Meyer-Lindemann	RDi	Recht Digital
lit.	littera	Rs.	Rechtssache
LTZ	Legal Tech – Zeitschrift für die digitale Anwendung	S.	Satz, Seite
Mio.	Million(en)	Spezialisierungs-GVO	Verordnung (EU) 2023/1067 der Kommission vom 1. Juni 2023 über die Anwendung des Artikels 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen von Spezialisierungsvereinbarungen
MMR	Multimedia und Recht – Zeitschrift für IT-Recht und Recht der Digitalisierung		
Mrd.	Milliarde(n)		
NJW	Neue Juristische Wochenschrift		
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht		
Nr.	Nummer		
no.	number	TKG	Telekommunikationsgesetz
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development	UAbs.	Unterabsatz
OLG	Oberlandesgericht	UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
Omnibus-RL	Richtlinie (EU) 2019/2161 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 zur besseren Durchsetzung und Modernisierung der Verbraucherschutzvorschriften der Union, ABl. EU 2019 Nr. L 328/7.	verb.	Verbundene
Plattform-VO;		Verbandsklagen-RL	Richtlinie (EU) 2020/1828 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher, ABl. EU 2020 Nr. L 409/1.
P2B-VO	Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des		

Verbraucher- rechte-RL	Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parla- ments und des Rates vom 25. 10. 2011 über die Rechte der Verbraucher, ABl. EU 2011 L 304/64.	WM WRP WuW	des Warenkaufs, ABl. EU 2019 L 136/28 Wertpapier-Mitteilungen Wettbewerb in Recht und Praxis Wirtschaft und Wettbewerb
Vertikal-GVO	Verordnung (EU) 2022/720 der Kommission vom 10. Mai 2022 über die Anwendung des Artikels 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Gruppen von vertikalen Vereinbarungen und ab- gestimmten Verhaltens- weisen, ABl. EU Nr. L 134/4	z. B. z. T. ZBJV ZEuP ZfPW ZHR	zum Beispiel zum Teil Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins Zeitschrift für Europäisches Privatrecht Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirt- schaftsrecht
Vorb.	Vorbemerkung		
VuR	Verbraucher und Recht	ZRP ZVertriebsR	Zeitschrift für Rechtspolitik Zeitschrift für Vertriebs- recht
Warenkauf-RL	Richtlinie 2019/771/EU des Europäischen Parla- ments und des Rates vom 20. 5. 2019 über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte	ZUM ZWeR	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht Zeitschrift für Wettbewerbs- recht